

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/061(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 14.02.2008	Ratssaal	14:00Uhr	21:45Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 59.(IV)/60.(IV) Sitzung vom 17.01./21.01.2008
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Aktuelle Debatte Thema: Soziale Situation Kinder und Jugendlicher in der Landeshauptstadt Magdeburg

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Zulassung der Bewerber/innen zur OB-Wahl DS0051/08  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept DS0547/07  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2.1 Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept DS0547/07/  
1  
BA SAB
- 6.3 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Landeshauptstadt Magdeburg DS0490/07  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.4 Gebührensatzung für das Krematorium der Landeshauptstadt Magdeburg DS0492/07  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.5 Außerplanmäßige Ausgabe DS0576/07  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.5.1 Außerplanmäßige Ausgabe DS0576/07/  
1  
Finanz- und Grundstücksausschuss
- 6.6 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2006/2007 der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH DS0019/08  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.7 Weitere Erschließung der Entwicklungszone I DS0007/08  
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.8 Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzeptes 2007 DS0553/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
WV v. 17.01.08

6.8.1	Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzeptes 2007	DS0553/07/ 1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
6.9	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt	DS0488/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 17.01.08	
6.9.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt	DS0488/07/ 1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
6.9.2	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt	DS0488/07/ 2
	Oberbürgermeister	
6.9.3	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt	DS0488/07/ 3
	CDU - Fraktion	
6.10	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111-4 "Holzweg Ostseite"	DS0494/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.11	Bestätigung des präzisierten Vorhaben,- Kosten,- Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Kannenstieg/ Neustädter See	DS0503/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.11.1	Bestätigung des präzisierten Vorhaben,- Kosten,- Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Kannenstieg/ Neustädter See	DS0503/07/ 1
	Finanz- und Grundstücksausschuss	
6.11.2	ÄA SR'in Meinecke	
6.12	2. Änderung zur Aufstellung Bebauungsplan Nr. 233-1 "Große Münzstraße"	DS0514/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.13	Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz"	DS0540/07

- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.14 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz" DS0541/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.15 1. Änderung des Einleitungsbeschlusses 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg- "Gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet mit der Gemeinde Sülzetal" -Geltungsbereich- DS0551/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.16 1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie Änderung des Geltungsbereiches des rechtsverbindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße" DS0555/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.17 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" DS0556/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.17.1 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" DS0556/07/1  
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.17.2 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" DS0556/07/2  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Einwohnerfragestunde  
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 8.1 Straßenbenennung A0183/07  
CDU - Fraktion  
WV v. 06.12.07
- 8.1.1 Straßenbenennung S0271/07

8.2	Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg CDU - Fraktion	A0016/08
8.2.1	Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0016/08/1
8.3	Mustervertrag für Solaranlagen an kommunalen Gebäuden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0017/08
8.4	Kriminalitätsschwerpunkte im öffentlichen Raum Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0018/08
8.5	Ökologischer Mietspiegel für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0020/08
8.6	Platzbenennung Stadtfeld Ost SR Jürgen Canehl, SR Thorsten Giefers, SR Dr. Klaus Kutschmann, SR`in Sabine Paqué	A0022/08
8.6.1	Platzbenennung Stadtfeld Ost Fraktion DIE LINKE	A0022/08/1
8.7	Belebung Domplatz FDP - Fraktion	A0021/08
8.8	"Straße der Besten" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0023/08
8.9	Öffentliche Danksagung für couragiertes Handeln CDU - Fraktion	A0019/08
8.9.1	Öffentliche Danksagung für couragiertes Handeln Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0019/08/1
8.10	Tag des Schiffshebewerkes 2008 Interfraktionell	A0024/08
8.11	Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben FDP - Fraktion	A0025/08
8.12	Beteiligung am Wettbewerb "Kinder sicher unterwegs in Städten" CDU - Fraktion	A0026/08

8.13	Befassung mit unterjährigen Prüfberichten im RPB Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	A0027/08
8.14	Ort der Erinnerung Fraktion DIE LINKE	A0029/08
8.15	Kommunikationsprobleme in und mit freien Trägern überwinden FDP - Fraktion und SR `in Regina Frömert, Fraktion DIE LINKE	A0028/08
8.16	Ernährungssituation in Kitas und Schulen SPD - Fraktion	A0032/08
8.16.1	Ernährungssituation in Kitas und Schulen SR `in Dr. Hein	A0032/08/1
8.17	Hochwasserschutz SPD - Fraktion	A0033/08
8.17.1	Hochwasserschutz CDU - Fraktion	A0033/08/1
8.18	Bestellung Aufsichtsrat Klinikum CDU - Fraktion	A0044/08
9	Informationsvorlagen	
9.1	Rückblick auf die Städtepartnerschaft 2007 zwischen der Deutschen Welthungerhilfe und der Landeshauptstadt Magdeburg	I0004/08
9.2	Neuordnung der Verkehrsführung vor der Sudenburger Postfiliale	I0019/08
9.3	Sachstand Ehrenamtspass - "Magdeburger FreiwilligenPass"	I0311/07
9.4	Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt Magdeburg durch den Verein "Die Brücke Magdeburg" e. V.	I0325/07

9.5	Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Magdeburg - Entwicklung der Städtepartnerschaften - Sachstand zur Berichterstattung im Stadtrat	I0008/08
9.6	Erstellung von Lärmkarten und Aktionsplänen	I0333/07
	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Eilentscheidung des OB zur DS0036/08 - Außerplanmäßige Ausgabe	I0029/08
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0040/08
11.1.1	Personalangelegenheit  Fraktion DIE LINKE	DS0040/08/ 1
11.2	Vergleich BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0584/07
11.2.1	Vergleich  Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0584/07/ 1
12	Informationsvorlagen	
12.1	Außerplanmäßige Ausgabe	I0351/07
12.2	Erwerb gebrauchter Software-Lizenzen	I0031/08

13	Anfragen an die Verwaltung - aufgrund der Aktuellen Debatte werden alle Anfragen schriftlich beantwortet	
13.1	Rat der Gemeinde und Regionen Europas (RGRE)	F0026/08
13.2	Plastik "Fünf Sinne"	F0023/08
13.3	Wasserqualität	F0027/08
13.4	Lesestart	F0024/08

### Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 61.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1823-61(IV)08

Frau Antje Siewert, wohnhaft in 39326 Hohenwarsleben, Rosenallee 5, wird anstelle von Herrn Klaus Müller im Jugendhilfeausschuss die Funktion als Stellvertreterin von Herrn Bache übernehmen.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1824-61(IV)08

Herr Rudi Förster wird anstelle von Herrn Matthias Marcinkowski als Vertreter der katholischen Stadtgemeinde im Jugendhilfeausschuss mitarbeiten.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**1. Erweiterung der TO**

Antrag von Fraktionen

**in öffentlicher Sitzung**

A0044/08 - CDU-Fraktion  
Bestellung Aufsichtsrat Klinikum

(2/3 Mehrheit angenommen) als **TOP 8.18**

**2. zurückgezogene TOP**

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, zieht den TOP 8.1 – A0183/07 – von der heutigen Tagesordnung **zurück.**

### **3. Hinweis**

Auf Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern wird der TOP 6.9 – DS 0488/07 in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Die Beschlussfassung hierzu erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme **bestätigt**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 59.(IV)/60.(IV) Sitzung vom 17.01./21.01.2008
- 

#### **Beschlussprotokoll der 59. (IV) Sitzung des Stadtrates am 17.01.2008**

##### **Redaktionelle Änderung der SPD-Fraktion:**

Auf der Seite 38 ist unter TOP 8.1 nach den Ausführungen der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker folgender Absatz zu ergänzen:

**Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, fragt in diesem Zusammenhang nach, warum die Frage nach dem gesundheitlichen Zustand des Opfers nicht gestellt wird und erkundigt sich bei der Verwaltung nach dem Befinden des Opfers.**

##### **Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:**

Auf der Seite 28 ist unter TOP 7.8, 6. Absatz folgender Satz zu ergänzen:

**Er geht in seinen Ausführungen auch auf die Nutzung der ehemaligen Ersatzspielstätte als Tagungsort und deren Überlassung an Dritte ein.**

Das veränderte Beschlussprotokoll der 59. (IV) Sitzung des Stadtrates am 17.01.2008 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

#### **Beschlussprotokoll der 60. (IV) Sitzung des Stadtrates am 21.01.2008**

##### **Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:**

Auf der Seite 10 ist unter TOP 9.18, vorletzter Absatz folgender Satz zu ergänzen:

**Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern weist auf den vorliegenden Antragstext hin und kann daher einige der gemachten Wortbeiträge nicht nachvollziehen.**

Auf der Seite 20 muss es unter TOP 13.2, 2. Satz richtig heißen:

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV **Stadtrat Stern** .....

Auf der Seite 21 muss es im 2. Absatz, 3. Zeile richtig heißen:

...der Stiftung **ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg** an Magdeburger.....

Das veränderte Beschlussprotokoll der 60. (IV) Sitzung des Stadtrates am 21.01.2008 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Aktuelle Debatte Thema: Soziale Situation Kinder und Jugendlicher in der Landeshauptstadt Magdeburg
- 

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert, dass der Vorstand pro Redner eine Redezeitbegrenzung von 7 Minuten festgelegt hat.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag seiner Fraktion auf Durchführung der Aktuellen Debatte und gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. (**Anlage 1**)

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker nimmt aus Sicht der Verwaltung zur Thematik Stellung. (**Anlage 2**)

Die Kinderbeauftragte Frau Thäger erhält das Rederecht und gibt ihre Stellungnahme zur Thematik ab. (**Anlage 3**)

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. (**Anlage 4**)

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, gibt die Stellungnahme ihrer Fraktion ab. (**Anlage 5**)

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, gibt die Stellungnahme ihrer Fraktion ab. (**Anlage 6**)

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 7)**

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 8)**

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 9)**

Im Anschluss nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur Thematik Stellung.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, merkt an, dass sie in der Debatte eine klare Botschaft und ein Ergebnis vermisst.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bedankt sich für die abgegebenen Stellungnahmen der Fraktionen, wobei er sein Unverständnis über die Ausführungen der Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, zum Ausdruck bringt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstützt den Standpunkt der Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion und fordert ebenfalls Lösungsvorschläge zur Verbesserung der sozialen Situation von Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, vertritt ebenfalls die Meinung, dass zur Entschärfung der Situation Lösungsvorschläge unterbreitet werden müssen und äußert sich in diesem Zusammenhang kritisch zur Ablehnung des Antrages A0024/06 seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage nimmt zum unterschiedlichen Verständnis zum Thema „Armut“ Stellung und spricht sich dafür aus, Prioritäten zur Verbesserung der Situation zu setzen.

Abschließend bringt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass im Rahmen der Haushaltsberatung 2008 seitens der Fraktionen keine Anträge zur Thematik gestellt worden. Er weist darauf hin, dass es nicht die alleinige Aufgabe der Verwaltung ist, Lösungen zur Problematik herbeizuführen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

- 6.1. Zulassung der Bewerber/innen zur OB-Wahl DS0051/08  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine  
Verwaltung
- 

Hierzu liegt die Anlage 1 vor.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1825-61(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Zulassung der in der Anlage 1 aufgeführten Bewerbungen zur OB-Wahl 2008.

Die Zulassung erfolgt gleichzeitig für die Stichwahl am 30. März 2008, falls eine solche auf Grund des Wahlergebnisses stattfinden muss.

- 6.2. Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept DS0547/07  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine  
Verwaltung
- 

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0547/07/1.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage nimmt kritisch zum vorliegenden Konzept umfassend Stellung und sieht darin nur eine Bestandsaufnahme. Er lehnt im Namen seiner Fraktion die Drucksache DS0547/07 ab.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz geht klarstellend auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0547/07/1 des BA SAB ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0547/07/1 des BA SAB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Auf der Seite 37, Punkt 8.2 – Vermeidung, Absatz 1, Satz 2 ist wie folgt zu formulieren:

„Das Behältervolumen kann unter Beachtung der satzungsrechtlichen Bestimmungen nach Bedarf gewählt werden. ~~es ist keine Mindestmenge pro Person vorgeschrieben.~~“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0547/07 einstimmig:

Beschluss-Nr. 1826-61(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2008 – 2012 in der Fassung vom 12. November 2007 (Anlage).

6.3.	Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0490/07
	BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	

---

Der BA SFM empfiehlt per Umlaufbeschluss die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 35 Ja-, 0 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1827-61(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß beiliegender Anlage.



Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann geht klarstellend auf die aufgeworfenen Fragen des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann ein und verweist auf die diesbezügliche Information I0351/07 der Verwaltung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg macht ergänzende Ausführungen zur eingetretenen Situation und geht nochmals auf die Intention des Änderungsantrages DS0576/07/1 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag DS0576/07/1 des Ausschusses FG.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, hinterfragt den Sinn der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0576/07/1 des Ausschusses FG.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann verweist abschließend darauf, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache DS0576/07 um Altverpflichtungen der BUGA handelt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0576/07/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

2.

Die Abforderungsbeträge sollen je nach Sachverhalt durch außerplanmäßige Ausgaben im städtischen Vermögenshaushalt und im städtischen Verwaltungshaushalt realisiert werden. Die Deckung wird in jedem Einzelfall geprüft und dem Finanz- und Grundstücksausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0576/07/1 des Ausschusses FG einstimmig:

#### Beschluss-Nr. 1829-61(IV)08

1. Der Stadtrat stimmt der außerplanmäßigen Ausgabe der Landeshauptstadt Magdeburg an die Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) in Höhe von max. 2.200 Tsd. EUR zur Vermeidung der Insolvenz der NKE im Ergebnis der laufenden Rechtsstreitigkeiten zu BUGA-Bauschlussrechnungen und der Umsatzsteuerprüfung zur BUGA 1999 zu. Die Auszahlungen an die NKE haben erst dann zu erfolgen, wenn seitens der Gesellschaft gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg für jeden Einzelfall nachgewiesen wird, dass alle Möglichkeiten zur Vermeidung bzw. Verringerung einer Zahlung ausgeschöpft sind und die Zahlung unumgänglich ist.

2. Die Abforderungsbeträge sollen je nach Sachverhalt durch außerplanmäßige Ausgaben im städtischen Vermögenshaushalt und im städtischen Verwaltungshaushalt realisiert werden. Die Deckung wird in jedem Einzelfall geprüft und dem Finanz- und Grundstücksausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

- 6.6. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung DS0019/08  
des  
Geschäftsjahres 2006/2007 der Gesellschaft zur Durchführung  
der  
Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1830-61(IV)08

Die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH werden angewiesen, für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.03.2007 die Societät Gliemer + Partner zum Abschlussprüfer zu bestellen.

- 6.7. Weitere Erschließung der Entwicklungszone I DS0007/08  
 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale  
 Zusammenarbeit
- 

Die Ausschüsse RWB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1831-61(IV)08

1. Der Stadtrat beschließt, dass in der Entwicklungsmaßnahme Rothensee, Zone I, Industrie- und Logistikzentrum, weitere Erschließungsmaßnahmen durchgeführt werden. Hierzu wird ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur mit einem Gesamtvolumen von 6.639.010,48 EUR gestellt.
2. Die Eigenmittel der Stadt in Höhe von 663.901,05 EUR werden als außerplanmäßige Ausgabe 2008 in der Haushaltsstelle 2.79401.950000-01 eingestellt. Die Deckung erfolgt aus der Allgemeinen Rücklage (Hst. 0.02002.000001.2).

- 6.8. Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzeptes 2007 DS0553/07  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
 WV v. 17.01.08
- 

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0553/07/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0553/07/1 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0553/07 Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper beantragt, den Punkt 2 des Änderungsantrages DS0553/07/1 des Ausschusses StBV wie folgt zu formulieren:

Im Beschlusspunkt 2 werden hinter dem Wort „restriktiv“ die Worte „im StBV“ ergänzt.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning bedauert, dass die Erarbeitung des Märktekonzeptes nicht unter Einbeziehung der dargestellten Handelsunternehmen der Stadt erfolgt ist. Er bittet darum, in der Anlage „Magdeburger Innenstadt“ das Real SB-Warenhaus (City Carré) zu streichen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt unterstützt den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und beantragt die Einzelabstimmung zum Änderungsantrag DS0553/07/1 des Ausschusses StBV.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, befürwortet ebenfalls den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und untersetzt diesen anhand von Beispielen.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, legt seinen Standpunkt zum vorliegenden Märktekonzept dar und spricht sich dafür aus, mit aller Konsequenz eine wildwuchsartige Ausdehnung von Discountmärkten zu verhindern.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt seinen Standpunkt zum Formulierungsvorschlag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum Punkt 2 des Änderungsantrages DS0553/07 dar und empfiehlt, das Wort „restriktiv“ durch die Worte „sach- und fachgerecht“ zu ersetzen.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann merkt an, dass das Märktekonzept aufgrund des wechselnden Käuferverhaltens einer ständigen Überarbeitung bedarf. Er stimmt aber der vorliegenden Drucksache DS0553/07 zu.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx stellt klar, dass es sich hierbei um ein dynamisches Märktekonzept handelt, welches als Handlungsrahmen für die Stadt dient.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ein und bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0553/07 unter Beachtung des von ihm vorgeschlagenen modifizierten Änderungsantrages DS0553/07/1 des Ausschusses StBV.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0553/07/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

1. Im Beschlusspunkt 1. wird das Wort „Rechtsgrundlage“ durch das Wort „Entscheidungsgrundlage“ ersetzt.

Gemäß Änderungsantrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Punkt 2 des Änderungsantrages DS0553/07/1 des Ausschusses StBV wird wie folgt formuliert:

2. Im Beschlusspunkt 2. werden in dem Wort „restriktiv“ die Worte „im StBV“ ergänzt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des modifizierten Änderungsantrages DS0553/07/1 des Ausschusses StBV einstimmig.

Beschluss-Nr. 1832-61(IV)08

1. „Der Stadtrat beschließt das überarbeitete Märktekonzept, um für Verwaltung und Politik eine verlässliche Entscheidungsgrundlage bei der Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben zur Verfügung zu stellen“.
2. „Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben des Einzelhandels außerhalb der definierten zentralen Versorgungsbereiche sind restriktiv im Ausschuss StBV zu behandeln“

6.9. Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt DS0488/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
WV v. 17.01.08

---

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0488/07/1.

Es liegt der Änderungsantrag DS0488/07/2 des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper vor.

Auf Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern stellt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge die Nichtöffentlichkeit her.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und die Beratung zur Drucksache DS0488/07 wird fortgesetzt.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, argumentiert gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0488/07/1 des Ausschusses StBV und wirbt für die Annahme des Änderungsantrages DS0488/07/2 des Oberbürgermeisters.

Nach eingehender Diskussion stellt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge den Änderungsantrag DS0488/07/1 des Ausschusses StBV alternativ zum Änderungsantragsantrag DS0488/07/2 des Oberbürgermeisters zur Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Jastimme:

Der Änderungsantrag DS0488/07/1 des Ausschusses StBV –

Der Punkt 11.3, bisherige Fläche, ist im F-Plan als gemischte Baufläche darzustellen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0488/07/2 des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

In der Begründung zur 10. Änderung unter Ziff. 11.3 in der Spalte „Änderungsgrund“ wird der bisherige Text gestrichen und durch folgenden Text ersetzt:

Entwicklung eines Stadtteilzentrums in diesem Bereich durch Ergänzung Einzelhandel

Gemäß Änderungsantrag DS0488/07/3 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

**Der Beschlussvorschlag ist wie folgt zu ändern:**

1. Ab der öffentlichen Auslegung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes soll das vereinfachte Verfahren im Sinne des § 13 Abs. 3 BauGB angewendet werden.
2. Der Entwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg – Neustadt und die Begründung werden, *mit Ausnahme der Zuordnung von Gemeinbedarfsflächen zur Sonderbaufläche Zoo*, in der vorliegenden Form gebilligt.
3. Der Entwurf zum Flächennutzungsplan und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

1. Ab der öffentlichen Auslegung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes soll das vereinfachte Verfahren im Sinne des § 13 Abs. 3 BauGB angewendet werden.
2. Der Entwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg – Neustadt und die Begründung werden, mit Ausnahme der Zuordnung von Gemeinbedarfsflächen zur Sonderbaufläche Zoo, in der vorliegenden Form gebilligt.
3. Der Entwurf zum Flächennutzungsplan und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

6.10.           Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111-4 "Holzweg Ostseite"           DS0494/07  
                   BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1834-61(IV)08

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

Das Plangebiet liegt in der Flur 272 und wird umgrenzt:

- im Norden von der Nordgrenze des Flurstückes 244/66,
- im Osten von der Westgrenze des Flurstückes 66/4 und deren südlicher Verlängerung, weiter von der Nordgrenze des Flurstückes 68 und der Ostgrenze des Flurstückes 10056 und deren nördlicher Verlängerung (gleichzeitig Grenze der Kleingartenanlage „An der Waldschule“,
- im Süden von der Südgrenze des Flurstückes 10056 und deren westlicher Verlängerung,
- im Westen von der Westgrenze des Holzweges (Flurstücke 25/5 und 48/7).

ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Das Plangebiet soll als allgemeines Wohngebiet für eine Einfamilienhausbebauung entwickelt werden. Dabei soll die bauliche Dichte auf ein Mindestmaß begrenzt werden und der vorhanden Gehölzbestand weitmöglich in die Planung einbezogen werden. Im Aufstellungsverfahren ist eine Fußwegebeziehung zwischen Florapark (ehemals Bördegarten) und Holzweg durch das Plangebiet zu untersuchen.

Der Bebauungsplan wird im Parallelverfahren aufgestellt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich derzeit noch als Grünfläche ausgewiesen.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

6.11.	Bestätigung des präzisierten Vorhaben,- Kosten,- Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Kannenstieg/ Neustädter See	DS0503/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0503/07/1.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, bringt einen Änderungsantrag ein.

Gemäß Änderungsantrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Vorhaben Nr. 5, 6, 17 und 22 (betreffend die KITA „Bummi“) der Anlage 1 der DS0503/07 werden von der Beschlussfassung ausgenommen.

Die genannten Vorhaben sind vor der Beschlussfassung im Stadtrat im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Gemäß Änderungsantrag DS0503/07/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

„Alle Vorhaben und Maßnahmen gemäß der Anlage 1 sind nach Präzisierung der Kosten und der Folgekosten vor Durchführung dem FG vorzulegen.“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:



4. Die Änderung des Geltungsbereiches und die Durchführung des Bebauungsplanverfahrens im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie die wesentlichen Gründe für das Absehen von der Umweltprüfung sind gemäß § 13a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit und Erörterung gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB erfolgt durch 14-tägige Auslegung dieses Beschlusses im Stadtplanungsamt. Während dieses Zeitraumes, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt, kann sich die Öffentlichkeit zur Planung äußern.

- 6.13. Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz" DS0540/07  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1837-61(IV)08

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz" in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).  
Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1

- a) Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde, Lfd. Nr. 36:

Es wird angeregt, die im Umweltbericht empfohlenen Baumpflanzungen als zeichnerische Festsetzungen in den Planteil A zu übernehmen.

- b) Abwägung:

Die Anzahl der als Ausgleich zu pflanzenden Bäume ist mit den Textfestsetzungen 3.1 bis 3.3 definiert. Die vorgeschlagenen Pflanzstandorte sollen nicht in den Planteil A übernommen werden, da eine standortgenaue Festsetzung erst im Zuge der Ausführungsplanung Verkehrsanlagen und öffentliche Grünfläche erfolgen kann. Die genaue Festlegung der Baumstandorte erfolgt im Rahmen des Städtebaulichen Vertrages.

Beschluss 2.1:

Der Anregung wird teilweise gefolgt.

2.2

a) Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde, Lfd. Nr. 36:

Die Aussagen in der Begründung zum Bebauungsplan und Umweltbericht sind zu überarbeiten.

Weder im Umweltbericht noch in der Begründung zum Bebauungsplan wird auf objektive Gründe für die Baumfällung eingegangen.

b) Abwägung:

Aussagen in der Begründung zum Bebauungsplan und Umweltbericht wurden dahingehend überarbeitet, dass Gründe für überplante Baumstandorte benannt werden.

Beschluss 2.2:

Der Anregung wird teilweise gefolgt.

2.3

a) Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde, Lfd. Nr. 41:

Planteil A: das gesamte BP-Gebiet ist als überschwemmungsgefährdeter Bereich darzustellen und im Planteil B "Textliche Festsetzungen" ist der Hinweis auf überschwemmungsgefährdetes Gebiet aufzunehmen

b) Abwägung:

Der Hinweis ist in der Begründung, Teil I, Kap. 10.7 enthalten. Die Formulierung wird textlich ergänzt. Eine Darstellung im Planteil A ist mit den Mitteln der Planzeichenverordnung nicht möglich; im Planteil B "Textliche Festsetzungen" wird der genannte Wortlauf auf überschwemmungsgefährdetes Gebiet aufgenommen.

Beschluss 2.3:

Der Anregung wird teilweise gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.14. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz"

DS0541/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:



Im Süden: durch die südliche Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg,

Im Westen: durch die westliche Gemarkungsgrenze der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der geänderte Geltungsbereich ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Bürgerversammlung erfolgen.
3. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zu beteiligen.

6.16.	1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie Änderung des Geltungsbereiches des rechtsverbindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße"	DS0555/07
-------	---	-----------

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern begründet das Votum des Ausschusses.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

#### Beschluss-Nr. 1840-61(IV)08

Die Drucksache DS0555/07 –

1. Der seit dem 22.08.2000 rechtsverbindliche vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße" wird gemäß § 2 Abs. 4 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers geändert.  
Die Planänderung wird nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.  
Nach § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB wird von einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen.
2. Der Geltungsbereich wird verkleinert und ist nunmehr folgendermaßen umgrenzt:

- im Norden durch die nördliche Straßenbegrenzungslinie des Möwenweges und durch die hinteren Grenzen der Grundstücke nördlich des Möwenweges (Nordgrenze der Flurstücke 10246, 10261 bis 10269, 10341, 10339, 10178, 10084, 10085, 10090, 10095 und 10182 der Flur 793);
- im Osten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 10182, 10121 und 10133 der Flur 793;
- im Süden durch die hinteren Grenzen der Grundstücke südlich des Möwenweges (Südgrenze der Flurstücke 10128 bis 10133, 10107 bis 10111, 10381, 10206, 10205, 10303 bis 10308), durch die Flurstücke 10126 und 10127 (mit dem jeweils davor liegenden öffentlichen Straßenraum bis zur Fahrbahnmitte der Straße An der Kälberweide) und durch die südliche Straßenbegrenzungslinie in Höhe des Flurstückes 10020 der Flur 793;
- im Westen durch die westliche Grenze der Straßenkante zur Seestraße.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

3. Der Entwurf zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße" und die dazugehörige Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Entwurf zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße" und die dazugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.  
Der Beschluss zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 und öffentlichen Auslegung des Entwurfes sind gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die von der Änderungsplanung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig zur öffentlichen Auslegung zu beteiligen und gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

wird **abgelehnt**.

- |   |  |           |
|---|--|-----------|
| 6.17.   | Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" | DS0556/07 |
| BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr |  |           |
- 

Der Ausschuss UwE lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0556/07/1.

Es liegt weiterhin der Änderungsantrag DS0556/07/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Zurückverweis der Drucksache DS0556/07 in die Verwaltung – ein.

Vertreter der FDP-, CDU- und SPD-Fraktion sprechen sich gegen den GO-Antrag und Vertreter der Fraktion future! – die Jugendpartei und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – die Drucksache DS0556/07 wird in die Verwaltung zurückverwiesen – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx begründet die vorliegende Drucksache DS0556/07 und macht Ausführungen zur Vorortsituation und zum Baumbestand in diesem Areal.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Schwenke macht klarstellende Ausführungen zum Abstimmungsverhalten.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, kann den vorliegenden Änderungsantrag DS0556/07/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht nachvollziehen und sieht darin eine Verhinderung der Investition. In diesem Zusammenhang bringt er seinen Unmut über die in der Magdeburger Volksstimme von Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vorgebrachten negativen Äußerungen gegenüber anderen Stadträten zum Ausdruck und fordert hierfür eine Entschuldigung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal weist die Vorwürfe des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion, zurück und geht klarstellend auf den Änderungsantrag DS0556/07/2 ein. Er fordert die Verwaltung auf, im weiteren Verfahren Kompromissvorschläge zu unterbreiten.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bitten ebenfalls darum, Alternativen bezüglich der Zufahrt zu prüfen.

Im weiteren Verlauf gibt der Vorsitzende des Ausschusses StBV eine Zusammenfassung über die Diskussion im Ausschuss ab.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, argumentiert für die Annahme der Drucksache DS0556/07 und spricht sich dafür aus, Aufwand und Nutzen abzuwägen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt nimmt zu einigen Argumenten bezüglich der Zufahrtverlegung Stellung und verweist hierbei auf die hohe Unfallstatistik in diesem Bereich.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen Stellung und begründet den Standpunkt seiner Fraktion. Er wirbt abschließend für die Annahme des Änderungsantrages DS0556/07/2 seiner Fraktion.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht grundsätzliche Ausführungen zum Verfahren, bringt sein Unverständnis über das von Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zitierte Schreiben des Umweltamtes von Juni 2007 zum Ausdruck und stellt klar, dass das Umweltamt das Verfahren mitträgt.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei übt Kritik an der Art der Diskussion.

Die Anmerkungen des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, den Fachplanungen der Verwaltung zu trauen, werden durch den Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt.

Abschließend verweist Stadtrat Heinel, CDU-Fraktion, auf die Vorortsituation in den Stadtteilen Salbke und Westerhüsen und spricht sich für eine Stärkung der dortige Infrastruktur aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0556/07/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Die Haltestelle der MVB verbleibt an ihrem derzeitigen Ort.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0556/07/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Parallel zur Auslegung ist die Planung so zu verändern, dass die Bäume 26 und 27 erhalten werden. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0556/071 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.  
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.  
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der öffentlichen Auslegung zu beteiligen und gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.
3. Die Haltestelle der MVB verbleibt an ihrem derzeitigen Ort.

6.17.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B- Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" DS0556/07/1  
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

6.17.2. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B- Plan Nr. 483-3.1 "Nahversorgungszentrum Alt Salbke" DS0556/07/2  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

7. Einwohnerfragestunde  
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 

Einwohnerfragestunde Stadtrat 14. 02. 2008

7.1 Frau Steffi Schulze, Mitarbeiterin Kindereinrichtung in Freier Trägerschaft  
39106 Magdeburg, Bebelstraße 28a

Ich bin Mitarbeiterin einer Kindereinrichtung in Freier Trägerschaft.  
Wir sind heute mit mehreren Kolleginnen hier, und wir machen uns Gedanken über die Freie Trägerschaft und unsere Frage wäre:

Die Stadt hat seinerseits Fragebögen über die Elternzufriedenheit mit ihrem Freien Träger und mit ihrem Anbieter der Kindertagesbetreuung kreiert, und die wurden auch sehr gut angenommen. Unser Problem ist eigentlich das:

Ist von der Stadt geplant, dass auch für die Mitarbeiter in Zukunft evtl. einmal ein Fragebogen entworfen wird, der die Mitarbeiterzufriedenheit erfragt? Eventuell auch unter Mitwirkung von Mitarbeitern aus der Basis, also nicht bloß aus der Leitungsebene und Jugendamt, sondern von uns Mitarbeitern.

Dann wäre noch unsere Frage:

Wer ist unser Ansprechpartner in der Stadt, wenn es überhaupt Probleme geben sollte? Und wie ist das mit den Politikern, die wir angesprochen haben bisher? In dem Rahmen möchte ich mich bei den Politikern der Jugendpartei/future, der Grünen und der FDP bedanken. Die hatten im Vorfeld schon ein offenes Ohr für unsere Probleme.

Aber wie ist es, wenn wir an die Politiker mit Fragen herantreten? Haben die eine moralische oder ganz und gar eine gesetzliche Handlungspflicht, um uns zu unterstützen?

Und wie sieht es aus, die Stadt hat uns seinerzeit in Freie Trägerschaft übergeben, existiert da eigentlich noch so etwas wie eine Nachsorgepflicht der Stadt oder des Jugendamtes in punkto Finanzen, in punkto Personalpolitik.

Das wären meine Fragen, die ich heute hier stellen wollte.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker:

Zur Frage der Befragung der Mitarbeiterinnen, die in die Freie Trägerschaft übergegangen sind, führt die Beigeordnete Frau Bröcker aus, dass bislang nicht geplant sei, einen Fragebogen analog der Elternbefragung in den Kitas zu machen. Sie sagt zu, diese Anregung aufzunehmen und verweist aber darauf, dass diese Thematik zunächst geprüft werden muss, da auch die Freien Träger als Arbeitgeber miteingebunden werden müssen.

Bezüglich der Frage zur Nachsorgepflicht führt sie im Weiteren aus, dass es geprüfte Praxis sei, bei auftretenden Problemen von Mitarbeiterinnen der in Freie Trägerschaft übertragenen Einrichtungen, diese im Jugendamt oder bei ihr persönlich vortragen zu können. Diese Praxis wird auch zukünftig beibehalten. Die Stadt fühle sich nach wie vor verantwortlich, aber rechtlich ist die Situation so, dass die Stadt einen Vertrag mit dem Freien Träger hat.

Im Weiteren macht sie Ausführungen zu vertraglichen Regelungen hinsichtlich der Personalkosten. Als Fazit legt sie dar, dass es gegenwärtig für keinen Freien Träger, dem seitens der Stadt Einrichtungen übertragen wurden, einen Anreiz gibt, bei den Personalkosten einzusparen, weil diese komplett von der Stadt erstattet werden. Sie verweist darauf, dass diesbezüglich nach 2009 eine neue Regelung gefunden werden muss und begründet dies mit Hinweis auf entsprechende gesetzliche Vorgaben zur Übernahme eines bestimmten finanziellen Anteils durch die Freien Träger.

Abschließend unterbreitet sie den Vorschlag, die ausführliche Beantwortung der Fragen im Rahmen eines persönlichen Gespräches vorzunehmen.

Auf Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge hinsichtlich der Benennung von Ansprechpartnern verweist die Beigeordnete Frau Bröcker darauf, dass diese zum einen der Leiter des Jugendamtes Herr Dr. Klaus oder auch sie persönlich seien.

Zur Nachfrage von Frau Schulze bzgl. eines Ansprechpartners zur Thematik des Umganges mit dem Personal führt Frau Bröcker aus, dass diese Problematik zuallererst mit dem Freien Träger zu lösen ist.

Frau Schulze verweist auf die Schwierigkeiten, als Mitarbeiter der Einrichtung entsprechende Kontakte zu den Entscheidungsträgern zu bekommen und dass hierbei die Hilfe und Unterstützung seitens der Politiker bzw. der Stadt wünschenswert sei.

Frau Bröcker sagt zu, bei Bekanntgabe eines Hilfeersuchens persönlich an den Träger zu vermitteln, dass Gesprächsbedarf seitens der Mitarbeiterinnen besteht, und die Bitte auszusprechen, das Gespräch zu suchen und die erforderliche Klärung herbeizuführen.

Ergänzend führt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge aus, dass es keine juristische Pflicht für ehrenamtlichen Stadträte gibt, sich mit an sie herangetragenen Problemen zu befassen. Bei anstehenden Kommunalwahlen sollte jedoch berücksichtigt werden, diejenigen Personen zu wählen, von denen man sich interessenmäßig vertreten fühlt.

## 8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

Der 2. stellv. Vorsitzende Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

D

8.1. Straßenbenennung

A0183/07

CDU - Fraktion  
WV v. 06.12.07

---

Der TOP 8.1 – A0183/07 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

8.1.1. Straßenbenennung S0271/07

---

8.2. Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt A0016/08  
Magdeburg  
CDU - Fraktion

---

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion bringt den Antrag A0016/08 und den GO-Antrag –  
Überweisung des Antrages A0016/08 in die Ausschüsse KRB, VW und FG – ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0016/08/1 ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Ansorge, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0016/08 wird in die Ausschüsse KRB, VW und FG überwiesen.

Der Änderungsantrag A0016/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die Beratungen  
mit einbezogen.

8.2.1. Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt A0016/08/1  
Magdeburg  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

8.3. Mustervertrag für Solaranlagen an kommunalen Gebäuden A0017/08  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0017/08 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zur  
Thematik Stellung und verweist in diesem Zusammenhang auf die Drucksache DS0321/07,  
welche die Eckpunkte des Mustervertrages für Solaranlagen festschreibt und dem Ausschuss  
UwE nachrichtlich zur Kenntnis gegeben wurde.

Bezüglich der Frage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern zur Frage der Wirtschaftlichkeit der Betreibung der Solaranlagen merkt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz an, dass dies Angelegenheit des Investors ist. In diesem Zusammenhang wendet er sich gegen den Satz in der Begründung zum Antrag A0017/08, dass grundsätzlich für die Dachleihe kein Entgelt erhoben werden soll.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal gibt die Streichung des letzten Absatzes in der Begründung bekannt.

Nach weiterer Diskussion bringt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0017/08 in die Ausschüsse UwE und FG – ein, der durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Stadtrat Lühr um den BA KGM ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0017/08 wird in die Ausschüsse UwE, FG und BA KGM überwiesen.

8.4.	Kriminalitätsschwerpunkte im öffentlichen Raum	A0018/08
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0018/08 ein.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass der Inhalt des Antrages A0018/08 tägliche Polizeiarbeit ist und empfiehlt die Ablehnung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, argumentiert für die Annahme des Antrages A0018/08.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0018/08 in den Ausschuss KRB – ein, der durch den Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE um die Ausschüsse VW und FuG ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0018/08 wird in die Ausschüsse KRB, VW und FuG überwiesen.

8.5.	Ökologischer Mietspiegel für Magdeburg	A0020/08
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0020/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0020/08 in die Ausschüsse StBV und GeSo – ein, der durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr um die Ausschüsse UwE und RWB ergänzt wird.

Gemäß ergänzten GO-Antrag des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0020/08 wird in die Ausschüsse StBV, GeSo, UwE und RWB überwiesen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

8.6.	Platzbenennung Stadtfeld Ost	A0022/08
	SR Jürgen Canehl, SR Thorsten Giefers, SR Dr. Klaus Kutschmann, SR`in Sabine Paqué	

---

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0022/08 der Stadträte Canehl, SPD-Fraktion, Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Kutschmann, Fraktion BfM und der Stadträtin Paqué, FDP- ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0022/08 in die AG Straßennahmen – ein.

Vertreter der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, CDU, SPD und BfM sprechen sich gegen den GO-Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt **abgelehnt**.

Im Anschluss bringt Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion DIE LINKE, den Änderungsantrag A0022/08/1 und Überweisung des Antrages A0022/08 in den Ausschuss K – ein.

Der GO-Antrag des Stadtrates Dr. Hildebrand – Überweisung des Antrages A0022/08 unter Einbeziehung des Änderungsantrages A0022/08/1 in den Ausschuss K – wird vom Stadtrat ebenfalls mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion argumentiert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning gegen den Antrag A0022/08.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, unterstützt die ablehnenden Argumente des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, hält fest, dass es sich bei der Platzbenennung gemäß Antrag A0022/08 um Bürgerwille handelt und diesem zugestimmt werden sollte.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag

### **Abbruch der Debatte**

Ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0022/08/1 der Fraktion DIE LINKE –

Die Benennung der platzmäßigen Erweiterung im Bereich des Schnittpunktes der Olvenstedter Straße/Ebendorfer Straße/Herderstraße und Gerhart-Hauptmann-Straße als:

„Herderplatz“ –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0022/08 der Stadträte Canehl, SPD-Fraktion, Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Kutschmann, Fraktion BfM und der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

### **Beschluss-Nr. 1842-61(IV)08**

die Benennung der platzmäßigen Erweiterung im Bereich des Schnittpunktes der Olvenstedter Straße/Ebendorfer Straße/Herderstraße und Gerhart-Hauptmann-Straße als:

### **„Wilhelmstädter Platz“**

und beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erstellung der notwendigen Drucksache. Die neue Bezeichnung soll nicht zu einer Änderung von Liegenschaftsadressen führen, sondern nur zusätzlich angebracht werden.

8.6.1. Platzbenennung Stadtfeld Ost A0022/08/1  
 Fraktion DIE LINKE

---

8.7. Belegung Domplatz A0021/08  
 FDP - Fraktion

---

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0021/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0021/08 in die Ausschüsse RWB, K, VW – ein, der durch Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich gegen den GO-Antrag und für eine Ablehnung des Antrages A0021/08 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich für den GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, aus.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0021/08 der FDP-Fraktion wird in die Ausschüsse RWB, K, StBV und VW überwiesen.

8.8. "Straße der Besten" A0023/08  
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal zieht den Antrag A0023/08 nach Einbringung ohne Angabe von Gründen zurück.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bringt seine Missbilligung zum Ausdruck. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass ein Antrag lediglich für polemische Zwecke eingebracht und offensichtlich zu keinem Zeitpunkt eine Beschlussfassung erreicht werden sollte.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning gibt eine persönliche Erklärung ab.  
(Anlage 10)

8.9.	Öffentliche Danksagung für couragiertes Handeln	A0019/08
	CDU - Fraktion	

---

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0019/08 ein

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Änderungsantrag A0019/08/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt den Antrag A0019/08 der CDU-Fraktion und den Änderungsantrag A0019/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vertreter der Fraktion future! – die jugendpartei und der Fraktion DIE LINKE unterstützen den Änderungsantrag A0019/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gemäß Änderungsantrag A0019/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0019/08 der CDU-Antrag wird wie folgt geändert (**Änderung im Fettdruck**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der bei den Krawallen in der letzten Silvesternacht verletzten Straßenbahnfahrerin und den beiden bei den Vorfällen am Hasselbachplatz körperlich geschädigten Polizisten für ihren couragierten Einsatz in geeigneter Form zu danken.

Darüber hinaus wird durch die Stadtverwaltung ein Konzept zur Ehrung von Personen erarbeitet, **die als Privatpersonen oder im Rahmen ihrer Dienstausbung ein besonderes Maß an Zivilcourage gezeigt und dadurch andere geschützt und/oder Straftaten vereitelt haben.**

Gemäß Antrag A0019/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0019/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1843-61(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der bei den Krawallen in der letzten Silvesternacht verletzten Straßenbahnfahrerin und den beiden bei den Vorfällen am Hasselbachplatz körperlich geschädigten Polizisten für ihren couragierten Einsatz in geeigneter Form zu danken.

Darüber hinaus wird durch die Stadtverwaltung ein Konzept zur Ehrung von Personen erarbeitet, die als Privatpersonen oder im Rahmen ihrer Dienstausbübung ein besonderes Maß an Zivilcourage gezeigt und dadurch andere geschützt und/oder Straftaten vereitelt haben.

8.10. Tag des Schiffshebewerkes 2008 A0024/08  
Interfraktionell

---

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0024/08 ein.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0024/08 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1844-61(IV)08

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

1. regt an, im Sommer 2008 unter Einbeziehung von Partnern aus der Region einen "Tag des Schiffshebewerkes Rothensee" durchzuführen und
2. bittet den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, dafür ein Konzept mit den Partnern vorzubereiten.
3. Dieses Konzept soll, möglichst unter Federführung der AG Schiffshebewerk, im April 2008 diskutiert und verabschiedet werden. Die Umsetzung des Konzeptes sollte für die Landeshauptstadt kostenneutral erfolgen.

8.11. Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben A0025/08  
FDP - Fraktion

---

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0025/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0025/08 in die Ausschüsse RWB und K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0025/08 wird in die Ausschüsse RWB und K überwiesen.

- 8.12. Beteiligung am Wettbewerb "Kinder sicher unterwegs in Städten" A0026/08  
 CDU - Fraktion
- 

Gemäß Antrag A0026/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1845-61(IV)08

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich an dem Wettbewerb „Kinder sicher unterwegs in Städten“ des ADAC zu beteiligen. Dazu sind auch geeignete Dritte mit in die entsprechenden Projekte einzubeziehen.

- 8.13. Befassung mit unterjährigen Prüfberichten im RPB A0027/08  
 Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling
- 

Die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Frömert zieht den Antrag A0027/08 mit dem Hinweis auf die zwischenzeitliche Erledigung durch den Oberbürgermeister **zurück**.

- 8.14. Ort der Erinnerung A0029/08  
 Fraktion DIE LINKE
- 

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning bringt den Antrag A0029/08 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0029/08 in die Ausschüsse KRB und K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0029/08 wird in die Ausschüsse KRB und K überwiesen.

- 8.15.            Kommunikationsprobleme in und mit freien Trägern überwinden            A0028/08  
                     FDP - Fraktion und SR `in Regina Frömert, Fraktion DIE LINKE
- 

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0028/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0028/08 in die Ausschüsse KRB und Juhi – ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der interfraktionelle Antrag A0028/08 wird in die Ausschüsse KRB und Juhi überwiesen.

- 8.16.            Ernährungssituation in Kitas und Schulen    A0032/08  
                     SPD - Fraktion
- 

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0032/08 ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, bringt einen Änderungsantrag und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0032/08 in die Ausschüsse BSS, Juhi und GeSo – ein.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag und für die Beschlussfassung des Antrages A0032/08 unter Beachtung des Änderungsantrages der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, aus.

Vertreter der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0032/08 wird in die Ausschüsse BSS, Juhi und GeSo überwiesen.

Der Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 8.17.            Hochwasserschutz    A0033/08  
                     SPD - Fraktion
-

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0033/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0033/08 in den Ausschuss UwE – ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag A0033/08/1 ein und bittet den Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung darum, zur Thematik Stellung zu nehmen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz macht grundsätzliche Bemerkungen zu den Ursachen und zur rechtlichen Situation und merkt dabei u.a. an, dass sowohl der Antrag A0033/08 der SPD-Fraktion und der Änderungsantrag A0033/08/1 der CDU-Fraktion in die richtige Richtung gehen. Er empfiehlt auf Landesebene darüber nachzudenken, ein vereinfachten Verfahren zu ermöglichen und eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu schaffen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0033/08/1 der CDU-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0033/08 der SPD-Fraktion wird wie folgt formuliert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt

1. Den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt zu bitten
  - a) im Ausschuss für Umwelt und Energie **und im Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr** das Urteil des OVG vom 12.12.2007 zur Frage der Rodungen in der Alten Elbe auszuwerten und dabei die Schlussfolgerungen für die Stadt Magdeburg zu skizzieren,
  - b) zu berichten, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um den Natur- und Hochwasserschutz in Einklang zu bringen und die Magdeburger Stadtgebiete östlich der Elbe vor Hochwasser sicher zu schützen.
2. sich beim Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt für die kurzfristige Erstellung des FFH- Managementplans für das Gebiet „Elbaue zwischen Saalemündung und Magdeburg“ (FFH0050; DE3936-301) einzusetzen

Gemäß Antrag A0033/08 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0033/08/1 der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 1846-61(IV)08

1. Den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt zu bitten

a) im Ausschuss für Umwelt und Energie *und im Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr* das Urteil des OVG vom 12.12.2007 zur Frage der Rodungen in der Alten Elbe auszuwerten und dabei die Schlussfolgerungen für die Stadt Magdeburg zu skizzieren,  
 b) zu berichten, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um den Natur- und Hochwasserschutz in Einklang zu bringen und die Magdeburger Stadtgebiete östlich der Elbe vor Hochwasser sicher zu schützen.

2. sich beim Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt für die kurzfristige Erstellung des FFH- Managementplans für das Gebiet „Elbaue zwischen Saalemündung und Magdeburg“ (FFH0050; DE3936-301) einzusetzen

8.18. Bestellung Aufsichtsrat Klinikum A0044/08  
 CDU - Fraktion

---

Die Stadträte Heendorf und Reppin, CDU-Fraktion, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0044/08 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist darauf hin, dass dies nicht durch den Stadtrat beschlossen werden muss.

Der Stadtrat **beschließt** mit 26 Ja-, 12 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1847-61(IV)08

Die Gesellschaftervertreter der Klinikum Magdeburg gGmbH werden angewiesen,  
 Herrn Joachim Bovelet, Vorsitzender der Geschäftsführung der Vivantes GmbH Berlin,  
 zum Mitglied des Aufsichtsrats der Klinikum Magdeburg gGmbH zu bestellen.

9. Informationsvorlagen

---

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.6 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge  
Ignatuschtschenko  
Vorsitzende/r

Silke Luther      Dr. Anne  
Schriftführer/in

Anwesend:

**Abwesend**

Balzer, Falko  
Grünert, Gerald  
Lischka, Burkhard  
Meinecke, Sven

**Vorsitzende/r**

Ansorge, Jens

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.  
Bischoff, Norbert  
Boeck, Hugo  
Bork, Jana  
Bromberg, Hans-Dieter  
Brüning, Hans-Werner  
Canehl, Jürgen  
Czogalla, Olaf  
Danicke, Martin  
Frömert, Regina  
Giefers, Thorsten  
Gripinski, Axel  
Heendorf, Michael  
Hein, Rosemarie Dr.  
Heinemann, Klaus  
Heinl, Gerhard  
Herbst, Sören Ulrich  
Heynemann, Bernd  
Hoffmann, Martin  
Huhn, Dagmar  
Klein, Carsten  
Krause, Bernd  
Kriese, Birgit  
Kutschmann, Klaus Dr.  
Löhr, Rainer  
Meinecke, Karin  
Meinecke, Walter  
Müller, Oliver  
Paqué, Sabine  
Reichel, Gerhard Dr.  
Reppin, Bernd  
Rink, Johannes  
Salzborn, Hubert  
Schindehütte, Gunter  
Schmicker, Wolfgang  
Schmidt, Kurt Dr.  
Schoenberner, Hilmar  
Schuster, Frank  
Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Semmler, Thomas

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred

Wübbenhorst, Beate

Zimmer, Gerd Dr.

**Geschäftsführung**

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke